

nen sowie Länder, die mit Zustimmung der betroffenen Länder zu dem Vorhaben beitragen möchten.

Die baltischen Round-Table-Gespräche sollten allgemeine politische Themen der Region behandeln und die regionale Zusammenarbeit z. B. in den Bereichen Integration von Bevölkerungsgruppen fremder Herkunft, nationale Minderheiten, Sprachunterricht, Ombudsmann, grenzüberschreitende Tätigkeiten und Zusammenarbeit im Schiffahrtsbereich oder regionale Zusammenarbeit mit benachbarten Ländern fördern.

C. Die Round-Table-Gespräche sollten in geographischer und terminlicher Hinsicht gruppiert werden, mit wechselnden Teilnehmern je nach den zu behandelnden Themen. Die Modalitäten werden von den Teilnehmern der Gespräche festgelegt.

Sie könnten unter dem Vorsitz der Europäischen Union abwechselnd in einem der Länder der betreffenden Region oder auf Einladung einzelner Länder bzw. der Europäischen Union, möglicherweise auch in Wien, am Sitz des Ständigen Ausschusses der KSZE, stattfinden.

Das Gastland bzw. die Gastorganisation sollten auf eigene Kosten aller erforderlichen Einrichtungen wie Konferenzräume, Sekretariats- und Dolmetschdienste für die Tagung zur Verfügung stellen. Die Europäische Union hat sich bereit erklärt, derartige Kosten zu übernehmen, wenn Tagungen am Sitz ihrer Institutionen abgehalten werden.

Rußland in der „Partnerschaft für den Frieden“

Zusammenfassung der Ergebnisse der Gespräche zwischen dem Nordatlantikrat und dem russischen Außenminister Kosyrew in Brüssel am 22. Juni 1994

(Wortlaut)

Am 22. Juni d. J. unterzeichnete der Außenminister der Russischen Föderation, Andrej Kosyrew, in Brüssel das Rahmendokument der „Partnerschaft für den Frieden“ (Wortlaut in „Blätter“, 2/1994, S. 244 f.). Am 24. 6. 1994 veröffentlichte das „Bulletin“ des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung den nachstehend im Wortlaut wiedergegebenen Text. D. Red.

1. Die Allianz und Rußland haben wichtige Beiträge zu Stabilität und Sicherheit in Europa zu leisten. Konstruktive, kooperative Beziehungen der gegenseitigen Achtung, des gegenseitigen Nutzens und der Freundschaft zwischen der Allianz und Rußland sind deshalb ein Schlüsselement für Sicherheit und Stabilität in Europa und liegen im Interesse aller anderen Staaten im KSZE-Raum.

Die Allianz und Rußland begrüßen den Fortschritt, der in ihren Beziehungen auch innerhalb des NAKR*)-Rahmens bereits erreicht wurde und sind bestrebt, diese weiter zu festigen.

*) „Nordatlantischer Kooperationsrat“ zwischen der NATO und den Staaten Mittel- und Osteuropas, konstituiert am 20. Dezember 1991 in Brüssel. Vgl. den Wortlaut der Gründungserklärung in „Blätter“, 2/1992, S. 249-251. D. Red.

2. Die Unterzeichnung der Partnerschaft für den Frieden durch Rußland eröffnet eine weitere wichtige Möglichkeit, Beziehungen durch praktische Kooperation auf den Gebieten zu entwickeln, die im Rahmendokument der Partnerschaft für den Frieden enthalten sind.

Die Allianz und Rußland sind übereingekommen, ein umfassendes individuelles Partnerschaftsprogramm zu entwickeln, das der Größe, der Bedeutung und den Fähigkeiten Rußlands entspricht.

3. Sie sind übereingekommen, die Entwicklung einer weitreichenden Beziehung der Zusammenarbeit zwischen der NATO und Rußland sowohl innerhalb wie außerhalb der Partnerschaft für den Frieden in Gang zu setzen. Diese Beziehung, die gegenseitiges Vertrauen und Offenheit stärken soll, wird in einer Weise entwickelt, die gemeinsamen Zielen entspricht und die Beziehungen zu allen anderen Staaten ergänzt und stärkt, sie richtet sich nicht gegen die Interessen dritter Länder und ist für andere transparent.

4. Die Allianz und Rußland sind übereingekommen, einen breitangelegten, erweiterten Dialog und Kooperation in Bereichen zu führen, in denen Rußland einzigartige und wichtige Beiträge zu leisten vermag, die seinem Gewicht und seiner Verantwortung als bedeutende europäische, internationale und nukleare Macht entsprechen, durch

- Austausch von Informationen über Fragen in sicherheitspolitischen Angelegenheiten mit einer europäischen Dimension;
- politische Konsultationen über Fragen von gemeinsamem Interesse, wo dies angezeigt ist;
- Kooperation in einer Reihe sicherheitsbezogener Felder, einschließlich der Friedenserhaltung, wo dies angezeigt ist.

Memorandum Forschung»- und Technologiepolitik 1994/1995

Gestaltung statt Standortverwaltung - Für eine sozial-ökologische Erneuerung der FuT-Politik

Anläßlich des Dortmunder Kongresses „Wissenschaft in der Verantwortung - Politik in der Herausforderung“ wurde am 24. Juni 1994 der Öffentlichkeit von einer Gruppe Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ein „Memorandum Forschungs- und Technologiepolitik 1994/95“ vorgestellt, das - ein Novum in der Geschichte der deutschen Forschungspolitik - von rund 400 Wissenschaftlerinnen und wissenschaftspolitisch engagierten Personen unterstützt wird. Auch in den nächsten Jahren sollen solche „Memoranden“ erarbeitet werden. Die Gruppe lädt zur Mitarbeit ein. Die „Blätter“ dokumentieren eine gekürzte, auf die forschungs- und technologiepolitischen Alternativen konzentrierte Fassung des Memorandums. Der vollständige Text und ein parallel erscheinender Analyseband sind erhältlich bei: Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Postfach 543, 35037 Marburg, Tel. (0 64 21) 2 13 95, Fax: (0 64 21) 2 46 54.

Grundprinzipien einer Erneuerung der Forschungs- und Technologiepolitik

Entgegen üblichem Politikverständnis lassen sich alternative Optionen nicht als einfacher Gegensatz zu den kritisierten Politikformen formulieren. Andere Wege sind eben nicht Rückwege, sondern Pfade in neues Terrain. So ist es auch in der Forschungspolitik. Als Anforderungen an eine alternative FuT-Politik lassen sich erkennen: